

Haushaltsrede 2008 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen,  
vorgetragen vom Fraktionsvorsitzenden Peter Mönning

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren!

Da durch die Umstellung der Haushaltsplanung der Stadt auf NKF der Haushaltsentwurf mit den bisherigen nicht mehr richtig vergleichbar ist, waren die Haushaltsberatungen von großer Unsicherheit geprägt.

Vorwegschicken möchte ich, dass wir uns unsere Entscheidung nicht leicht gemacht haben, aber wir werden den Haushaltsentwurf insgesamt ablehnen. In der letzten Woche habe ich von einem „Zwischenhaushalt“ gesprochen, gemeint habe ich auch einen Haushalt, der nicht Fisch und nicht Fleisch ist, der insgesamt zu perspektivlos wirkt.

Auch ist dieser Haushaltentwurf geprägt von mangelnder Transparenz. So spielen Zahlen – obwohl eigentlich das Lieblingsspielzeug jedes Haushälters – in dieser Rede eher eine Nebenrolle. Das liegt auch daran, dass uns zu einer angemessenen Beurteilung des uns vorliegenden Zahlenmaterials wichtige Daten fehlen. Zum einen liegt die Eröffnungsbilanz noch nicht vor, die wir für eine angemessene Beurteilung des Vermögens der Stadt eigentlich benötigen. Zum anderen fehlen die Vergleichszahlen aus den vergangenen Jahren, sodass außerordentliche Entwicklungen im Einzelfall nur schwer zu erkennen und so auch zu bewerten waren. Dies ist um so bedauerlicher, da ja die Jahresrechnung des Jahres 2007 schon seit Monaten vorliegt und das Zahlenmaterial eigentlich zur Verfügung stehen müsste.

Eine Mehrheitspartei kann sich den Umgang mit diesen Unzulänglichkeiten leicht machen, da sie naturgemäß ein höheres Vertrauen in das richtige Zustandekommen des von ihrem Bürgermeister verantworteten Haushaltsplans haben wird. Dies ist einer verantwortlichen Oppositionspartei leider nicht gegeben. Ihre Aufgabe muss es ja sein, das Zahlenmaterial kritisch zu durchleuchten, nicht um Rechenfehler zu durchschauen, sondern um mögliche Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen und vor ihnen warnen zu können.

Beispiele für mangelnde Perspektiven:

Manchmal muss man Probleme globaler Entwicklungen auf lokale Strukturen hinunterbrechen.

Wir sehen weltweite Energie- und Klimaprobleme, wobei uns die Energieprobleme als Kostenproblematik im Moment stärker zu belasten scheinen. Klimaerwärmung, die zu Hitzesommern und unberechenbaren Windbewegungen wie Kyrill führen kann, wird uns eher punktuell bewusst, hat aber erkennbar großen Einfluss auch auf unser kleines Städtchen. Und so stehen wir, weil wir noch Alternativen haben, in einer größeren Verantwortung für diese Entwicklung als die Bewohner der Regenwälder. Wir erkennen die Bemühungen der Verwaltung an, die städtischen Gebäude energetisch auf einen hohen Stand zu bringen, und verweisen darauf, dass hier die ökologische Verantwortung sich langfristig auch ökonomisch rechnet – je höher die Energiekosten steigen, desto schneller. Wir erkennen die Bemühungen der Bürgermeister des Kreises Coesfeld an, mit der Übernahme des Stromnetzes in diesem Bereich mehr kommunale Verantwortung zu übernehmen. Wir hätten uns bei der Stadt und den anderen Parteien aber auch positive Schritte gewünscht in Richtung Eigenerzeugung von Energie – seien es die Windräder, seien es die Blockheizkraftwerke auch auf Lüdinghauser Gebiet.

Global sehen wir eine Bevölkerungsentwicklung, die z.B. auf dem Nahrungssektor die Knappheit besonders deutlich macht. Wenn wir sehen, dass bei nachwachsenden Rohstoffen schon die Frage „Autofahren oder Essen“ gestellt wird und die Entscheidung vom Geldbeutel abhängt, dann wissen wir zumindest, dass weiterer Grund und Boden nicht mehr der kurzfristigen Pflanzenproduktion (Nahrungsproduktion) noch der langfristigen Sicherung für Naturschutz, Klimaregulierung und Energiespeicherung entzogen werden darf. Wir sehen, dass selbst die nordrhein-westfälische Landesregierung mit ihrem Angebot einer „Allianz für die Fläche“ diesen Erkenntnissen Rechnung trägt.

In Lüdinghausen sind diese Erkenntnisse schwer zu vermitteln. Anders als weltweit wird die Bevölkerung in Deutschland schrumpfen, und sie wird insgesamt älter werden. Aber auch wir leben nicht außerhalb der gesellschaftlichen Trends, und die besagen auch für das Münsterland einen Stopp des Bevölkerungszuwachses. In den Grundschulen ist er jetzt schon nachzuweisen. Das bedeutet, dass wir uns auf eine ganz anders gelagerte Entwicklung einstellen müssen. Wohngebietsentwicklung darf die junge Familie mit Kleinkindern nicht aus den Augen lassen, muss sich aber auch einstellen auf Seniorenbedürfnisse. Und die liegen nicht auf der

grünen Wiese, ohne Einkaufsmöglichkeiten oder Öffentlichen Personennahverkehr. Auch in Lüdinghausen muss das Zentrum wieder attraktiv werden für das Wohnen; je weiter weg vom Zentrum ein Wohngebiet liegt, desto problematischer für seine Bewohner und für die Stadt wird es auf lange Sicht.

Wo Menschen wohnen, müssen sie auch arbeiten können. Bürgermeister und Mehrheitsfraktion gingen bisher immer davon aus, dass die Verfügbarkeit von viel Reserveflächen für Gewerbeansiedlungen zukunftsorientiert sei. Lüdinghausen hat sich in diesen eigentlich ruinösen Wettbewerb mit anderen Gemeinden begeben, was zur Ausweisung von immer mehr Gewerbeflächen, aber nicht zur dauerhaften Ansiedlung von immer mehr Gewerbebetrieben geführt hat. Wer durch das Tetekum fährt oder an der Ascheberger Straße entlang, sieht die Menge der noch zur Verfügung stehenden Flächen, für die die Stadt in nicht unerhebliche Vorleistungen getreten ist, ohne zu wissen, ob davon auch nur annähernd etwas hereinkommt.

Wir haben im Kreis Coesfeld eine bemerkenswerte wirtschaftliche Entwicklung zu loben, die aber ohne größeren Flächenverbrauch möglich war. Ein Zusammenhang zwischen Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Flächenverbrauch ist nicht herstellbar, dann sollen wir auch darauf verzichten, das jetzige Potential reicht aller Voraussicht nach für die nächsten 20 Jahre. Auf dem Gebiet der Stadt Lüdinghausen stehen noch 62 Hektar Gewerbefläche zur Verfügung, der Entwurf des Regionalplanes sieht den Bedarf bis 2025 bei lediglich 50 Hektar. Wir müssen bei weiter schrumpfender Bevölkerung den Trend zu weiterem Flächenverbrauch stoppen, der Haushaltsplan verfolgt leider ganz andere Perspektiven.

Wer sich rechtzeitig der demografischen Entwicklung stellt, muss nicht dem Horror vor einer sterbenden Gesellschaft erliegen, sondern kann die Vision einer Mehrgenerationengesellschaft entwickeln! Dieser Chance stellt sich die Mehrheit des Rates noch nicht. Statt der Option auf neue Gewerbeflächen in Bereichen, wo wir sowieso schon wie Sauerbier anbieten, sollten wir uns die Option auf innerstädtische Begegnungsräume für jung und alt eröffnen. Im Bereich der Altenheime sind solche Ansätze erkennbar, im Bereich des Wohnens lässt die Verwaltung jede Initiative vermissen.

Infrastruktur kostet: Hier führe ich Bereiche auf, die wir uns leisten müssen, weil sie auch zu einer aktiven Vorsorgepolitik einer Gemeinde gehören.

## Zum Beispiel Sport als Jugendpolitik:

Mit Fortuna Seppenrade wurde ein Übereinkommen erzielt, dass ein angemessener Eigenbeitrag zur Erstellung des neuen Sportplatzes und seiner Gebäude zu leisten sei. Denn allen ist klar: Die einfache Rechnung, die uns vor ein paar Jahren aufgemacht wurde, dass mit dem Verkauf des alten Sportplatzes zu Baugrundstücken der neue Sportplatz zu finanzieren sei, geht nicht auf. Speziell die gewünschten Kunstrasenplätze überstiegen das Angebot der Stadt, auf gleichem Niveau wie dem alten den neuen Sportplatz auszubauen, erheblich. Wir hoffen, dass durch die verschiedensten Aktionen des Vereins dieser Eigenbeitrag so groß wie möglich wird. Der Spielbetrieb wird sicher noch attraktiver werden, mehr Trainingseinheiten, die die Kunstrasenplätze ermöglichen, führen sicher zu noch mehr Erfolg.

Was Fortuna Seppenrade recht war, musste für Union 08 dann natürlich billig sein. Leider ist „billig“ hier nicht der richtige Begriff, deshalb hoffen wir, dass der Eigenbeitrag von Union 08 das Loch, das die Neuanlage eines Kunstrasenplatzes auf dem Stadion reißen wird, ein wenig stopfen kann.

Aber damit nicht genug: Schulen und Vereine beklagen einen Mangel an Sporthallenangeboten, die sie möglichst schnell durch Neubauten zu beheben wünschen. Ganz schnell schien auch schon der richtige Platz dafür zur Verfügung zu stehen. Da aber weder Nutzungskonzepte noch mögliche Betreiberkonzepte noch gar Finanzierungsmöglichkeiten aufgezeigt werden konnten, schien es uns sinnvoll, doch zuerst ein allgemeines Sporthallenkonzept entwickeln zu lassen. Diesen Weg ist der Fachausschuss zum Glück mitgegangen, sodass wir wohl für den nächsten Haushalt hier größere Klarheit haben.

Wenn wir auch im Schulentwicklungskonzept lesen können, dass die Schülerzahlen mittelfristig zurückgehen werden, so müssen wir doch immer wieder sehen, dass der Mangel vor Ort teilweise noch groß ist. Die alten Pavillons, wo immer sie mal aufgestellt wurden, haben eine unheimliche Beharrungstendenz entwickelt; sie zu ersetzen, ist immer noch eine Langzeitaufgabe. Wir hoffen deshalb, dass die vom Schulausschuss zusätzlich eingebrachte Verpflichtungsermächtigung für den Neubau der Marienschule in Seppenrade mehr ist als ein Wahlkampfmanöver, sondern die Neubauplanung schon vor dem Wahltermin unumkehrbar macht. Ich erinnere mich nämlich noch der verschiedenen Ansätze in älteren Haushaltsplänen, die nie verwirklicht wurden.

Die Schaffung neuer Klassenräume im St.Antonius-Gymnasium macht zumindest einen Pavillon überflüssig, wenn es auch zumindest nach äußerem Augenschein der falsche ist. Aber neue Gardinen werden den Wiesenpavillon bis zu seiner Beseitigung in frischem Licht strahlen lassen. Sinnvoll ist es, endlich den Bereich der alten Turnhalle und die alte Aula zu sanieren, um diesen Gebäudekomplex auch wieder nutzbar zu machen. Aber auch das wird nicht billig werden, und wir können nur hoffen, dass die üblichen Überraschungen bei der Sanierung von Altbauten ausbleiben.

Alle Schulen werden mit dem Ganztagschulangebot in den nächsten Jahren zusätzlichen Bedarf anmelden. Hoffen wir, dass das Land wenigstens in diesem Punkte zuverlässig ist und einen Beitrag zu dem liefert, was es mit seiner Schulpolitik selbst auf den Weg gebracht hat.(Sonstige Aussagen zur Schulpolitik des Landes schenke ich mir lieber, das wäre ein abendfüllendes Angebot!)

Zum Krankenhaus: Ich möchte die Diskussionen der letzten Monate nicht wieder aufgreifen, die mit der Schließung der gynäkologischen und Geburtsabteilung einhergingen. Sicher ist, dass die falschen Entscheidungen, die zur Schließung dieser Abteilung geführt haben, letztlich der verfehlten Gesundheitspolitik des Bundes anzulasten sind. Sicher ist aber auch, dass ein großer Teil des Unmuts in der Bevölkerung an der unglücklichen Informationspolitik lag und an der Ohnmacht, eine solche Entscheidung nicht revidieren zu können. Die neuen Betreiber scheinen das berücksichtigen zu wollen und neue Informationswege nutzen zu wollen. Gut so! Hoffen wir auch, dass die neue geriatrische Abteilung sich so positiv entwickelt, dass der Bestand des Krankenhauses in Lüdinghausen gesichert ist. Im nächsten Bauausschuss werden uns schon die ersten Pläne für Anbauten vorgestellt werden.

Stichwort Verantwortlichkeit:

Verantwortung kann ich nur übernehmen, wenn ich auch Einblicke in die Bedingungen von Entscheidungen erlangen kann. Aufgrund der problematischen Haushaltsentwicklung in den vergangenen Jahren (Stichwort 2005) sind wir in den letzten beiden Jahren Sonderwege gegangen, um die dringendsten Probleme zu lösen. Begleitet wurde dieser Prozess von einer interfraktionellen Arbeitsgruppe, die im Ergebnis einige nicht immer leicht zu schluckende Vorschläge zur Haushaltssanierung machte. In Zusammenhang mit einer grundsätzlichen

sammenhang mit einer grundsätzlichen Aufgabensichtung und auch in Diskussionen untereinander und mit der GPA, die den externen Part übernommen hatte, haben wir intern ein Paket geschnürt, das nicht unumstritten war und an irgendeiner Stelle jeder Fraktion mal weh tat, das aber letztlich mittelfristig einen Weg aufzeigte, wie wir in Lüdinghausen der Schuldenfalle entgehen und dennoch notwendige und sinnvolle Angebote für unsere Mitbürger weiter ermöglichen können.

Wir sind als Minderheitsfraktion diesen Weg mitgegangen, der im Einzelfall durchaus zu Beschimpfungen geführt hat, obwohl wir auch hätten sagen können, dass die Partei, die seit über 60 Jahren in Lüdinghausen die politische Verantwortung trägt, doch gefälligst auch die Lösungen allein verantworten müsste. Aber wir haben – vielleicht etwas zu optimistisch – die Formulierung von Rat und Verwaltung ernst genommen und den Stadtrat als Gesamtgremium gesehen, der der Verwaltung einen guten Rat geben kann. Dann, wenn es um größere Probleme geht, wird dieses Gremium gern einmal in Anspruch genommen. (Vertraulichkeit wird dabei natürlich vorausgesetzt.) Aber es scheint Bereiche zu geben, wo dieser Rat nicht erwünscht ist, und das gerade auch in einem Bereich, wo Informationsvermittlung an Bürgerinnen und Bürger wegen der emotionalen Befindlichkeiten besonders wichtig ist. Wir haben für den Schutz der Bäume in der Stadt (übrigens lange, bevor die problematischen Entscheidungen bei Kreis und Stadt gefällt worden sind) einen Vorschlag gemacht, der so oder ähnlich in anderen Gemeinden mit Erfolg praktiziert wird, und stießen auf Unverständnis bei den übrigen Fraktionen in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Bauerschaften. Und auf Nachfragen in der HFA-Sitzung über Grundstücksangelegenheiten weigerte der Bürgermeister unter Zustimmung der Mehrheitsfraktion sich, wenigstens nichtöffentlich genauere Informationen dazu zu geben. ***Wer mir nicht vertraut, warum soll ich dem vertrauen?*** Nachher kommt noch dabei heraus, dass ich bei den Grundstücksangelegenheiten, ohne es zu wissen, über Grunderwerb für die B 474n abgestimmt ~~habe~~ **habe** Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen?

Mit der Eigenkapitalentnahme von 1 Mio € aus dem Abwasserwerk haben wir im letzten Jahr den Anlass für das Haushaltssanierungskonzept, den Ausfall der Gewerbesteuer im Jahr 2005, beseitigt. Nicht beseitigt haben wir damit das strukturelle Defizit des Haushalts alter Prägung, wonach die konsumptiven Ausgaben des Haushalts durch eigene Einnahmen und Zuweisungen von Land und Bund nicht nur ausgeglichen werden, sondern noch ein Überschuss für investive Ausgaben

noch ein Überschuss für investive Ausgaben erwirtschaftet wird. Manche der von uns angedachten Maßnahmen sind nur mittelfristig umsetzbar, so im Haushalt bisher auch nicht wirksam. Eine in den folgenden Jahren stärker wirksame Maßnahme wird die steigende Eigenkapitalverzinsung des Abwasserwerkes sein, deren Erträge in den Haushalt fließen.

Wir gehen dabei davon aus, dass das Abwasserwerk allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt gehört, Gewinne und Verluste somit auch auf alle umgelegt werden können. In Wirklichkeit erwirtschaften aber nur die an das Abwassersystem angeschlossenen Haushalte und Gewerbebetriebe die hier anfallenden Zinsen (wie im übrigen auch schon das Eigenkapital selbst). Deshalb haben wir angemahnt, dass auch der Außenbereich, der nicht an das Abwasserwerk angeschlossen ist, einen angemessenen Beitrag zur Sanierung des städtischen Haushalts leisten müsse. Die GPA hat dazu den Vorschlag vorgelegt, dass dieser Beitrag über eine angemessene Mitfinanzierung der Wirtschaftswege durch die Bewohner der Bauerschaften zu erbringen sein könnte. Dies war für uns auch eine Bedingung dafür, den eben genannten Beitrag des Abwasserwerks so in die Haushaltssanierung einzubeziehen.

Leider sehen wir weder in diesem Haushalt noch in den mittelfristigen Plänen für die nächsten Jahre, dass die Stadt in diese Einbeziehung des Außenbereichs einsteigt. Aber: Die Ausgaben der Stadt für die Wirtschaftswege liegen bei rund 200.000 €, das ist exakt der Wert, den die Grundsteuer A einbringt. Grundsteuern sollen die Grundlagen der Infrastruktur einer Gemeinde finanzieren, der Außenbereich finanziert nur seine Wirtschaftswege, nicht die übrige Infrastruktur, die uns lieb und manchmal auch teuer ist. Nicht einmal ein symbolischer Beitrag scheint in der Verwaltung angedacht zu sein! Hier ist ein schnell gangbarer Weg gefordert, damit wir nicht dauernd von einer Gerechtigkeitslücke sprechen müssen.

Dass wir Einnahmen und Ausgaben in ein gesunderes Verhältnis zueinander bringen müssen, wird auch in der mittelfristigen Perspektive deutlich. Selten waren die Möglichkeiten besser als jetzt, und trotzdem klafft eine Lücke von fast 800.000€ Und für die nächsten Jahre wird keine Besserung erwartet. Wenn wir nicht die Einnahmen erhöhen wollen, wie erklärter Wille zu sein scheint, dann müssen wir die Ausgaben kürzen; und außer den Empfehlungen der interfraktionellen Gruppe, die hauptsächlich mittelfristig angelegt sind, weil wir zum Beispiel Personalentwicklungen nicht übers Knie brechen wollten, bietet der Haushaltsentwurf keine echte Perspektive. Wir werden im nächsten Jahr, wenn die Eröffnungsbilanz vorliegt und die Vergleichszahlen hoffentlich eingearbeitet sind, dazu deutlichere

len hoffentlich eingearbeitet sind, dazu deutlichere Hinweise geben müssen. Sicherlich werden auch bestimmte Produktziffern, wenn sie dann vorliegen, genauer unter die Lupe genommen werden müssen. Mit diesem Haushaltsentwurf war das noch nicht möglich. Wir erkennen die Bemühungen des Kämmerers an, das Neue Kommunale Finanzmanagement dem Stadtrat und seinen Ausschüssen nachvollziehbar zu präsentieren, können das Instrumentarium aber noch nicht so nutzen, wie es angedacht war: Unter Wahrung und Pflege des städtischen Eigentums sich den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt als kompetenter Dienstleister zur Verfügung zu stellen.

Ich fasse unsere Ablehnung noch einmal kurz zusammen:

- mangelnde Transparenz des Haushalts, dadurch zu geringe Gestaltungsmöglichkeiten
- Perspektivlosigkeit gegenüber dem demografischen Wandel und der globalen Verantwortung
- Zu wenig Initiative zum Ausgleich des strukturellen Defizits
- Fehlendes Vertrauen in die Zukunftsorientiertheit des Bürgermeisters

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Es gilt das gesprochene Wort!!)